



Sans-Papiers haben Angst, aufzufallen, und trauen sich kaum auf die Strasse. Solidaritätskundgebung im Juni 2007 in Bern.

Sans-Papiers

Leben in der Grauzone

Sie arbeiten hier, ihre Kinder gehen zur Schule – doch offiziell gibt es sie gar nicht: Sans-Papiers, Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung. Rund 90 000 von ihnen leben nach Schätzungen des Bundes in der Schweiz. Ihr Alltag ist geprägt von der ständigen Angst, entdeckt und ausgeschafft zu werden.

Text **Daniela Svoboda** Fotos **Micha Hemmi**

Fährt ein Polizeiauto an ihr vorbei, atmet Fany* tief ein. «Kein Problem, kein Problem», sagt sie sich zur Beruhigung. Nichts fürchtet sie so sehr wie eine Kontrolle.

Fany ist eine Sans-Papiers. Sie hat zwar Papiere, aber nicht die richtigen. Fany fehlt eine Aufenthaltsbewilligung, sie lebt illegal hier. Bei einer Kontrolle droht ihr die Ausweisung in ihr Heimatland Bolivien.

Nach Schätzungen des Bundes leben rund 90 000 Sans-Papiers in der Schweiz. Viele von ihnen kommen aus Mittel- und Südamerika. In städtischen Regionen wie Zürich, Basel, Lausanne und Genf stellen diese

Migranten die grösste Gruppe dar. In ländlichen Kantonen wie dem Tessin oder dem Thurgau sind Personen aus dem Balkan stärker vertreten. Es gibt aber auch Sans-Papiers aus Afrika oder der Türkei. Die Frauen arbeiten als Putzfrauen oder Kinderbetreuerinnen in Privathaushalten. Die Männer sind auf dem Bau, in der Gastronomie oder in der Landwirtschaft tätig.

Gesetz gegen Schwarzarbeit führt zu Einkommensverlusten

Fany putzt und hütet Kinder in Privathaushalten und wohnt in Untermiete bei einer Spanisch sprechenden Familie in Zürich. In manchen Haushalten arbeitet sie den ganzen

Tag, in anderen ist sie für zwei oder drei Stunden angestellt. Ihre Arbeitgeber wohnen im Kanton Zürich, sie pendelt zwischen der Stadt, der Goldküste und dem Zürcher Oberland. 25 Franken erhält sie in der Stunde, 2500 Franken hat sie am Ende des Monats verdient. 500 Franken gehen für die Miete des Zimmers weg. Rund die Hälfte des Lohns, 1300 Franken, schickt sie ihrer Familie in Bolivien. Mit den 700 Franken, die ihr verbleiben, bezahlt sie das Verkehrsabo, ihr Essen und die Medikamente gegen Arthritis.

2500 Franken, das sei ein eher hoher Monatslohn, sagt Bea Schwager von der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPAZ). Die meisten hier illegal Arbeitenden verdienen zwischen 1000 und 2000 Franken monatlich.

*Namen der Sans-Papiers von der Redaktion geändert

Zudem bekommt Fany häufig Kleider von den Leuten geschenkt, bei denen sie putzt. Ihre Arbeitgeber sind hauptsächlich Angestellte in leitenden Funktionen; die Kleider, die sie erhält, sind elegant und teuer. Das hilft ihr im Alltag sehr. Wenn man sie in ihrem grauen gestickten Mantel sieht, mit der Designersonnenbrille im schwarzen, kurzen Haar, kommt man nie und nimmer auf die Idee, dass sie eine Sans-Papiers ist.

Sans-Papiers sind im Durchschnitt 20 bis 40 Jahre alt, leben ohne Kinder und Partner in der Schweiz, sind erwerbstätig und nicht kriminell, wie aus einer Studie des Bundes hervorgeht. Fany ist mit ihren 51 Jahren älter als der Durchschnitt, in den meisten anderen Punkten gleicht ihre Situation der Mehrheit der hier illegal Anwesenden.

Vor fünf Jahren reiste sie mit einem Touristenvisum in die Schweiz ein. Die ersten Jahre seien schlimm gewesen, sagt sie. Sie teilte sich mit mehreren Personen ein Zimmer und arbeitete in einer Reinigung. 15 Stunden am Tag hat sie Hemden gebügelt und gewaschen, die 17 Franken Stundenlohn bekam sie aber nur für neun Stunden ausbezahlt. Die Haut an ihren Händen war ständig entzündet.

Eines Tages fragte eine Stewardess, die ihre Uniform in die Reinigung brachte, ob sie ihr nicht die Wohnung putzen könne. Sie nahm die Arbeit an und gewann durch die Empfehlungen weitere Kundinnen hinzu. So baute sie nach und nach einen Kundenstamm auf und konnte die Arbeit in der Reinigung aufgeben.

Allerdings hat sich Fanys Arbeitssituation seit der Einführung des Schwarzarbeitsgesetzes Anfang 2008 verschlechtert. Sie spürt, wie die Leute nervös sind und Bussen befürchten. Als sie von der Familie erzählt, die ihr aus Angst vor einer Anzeige gekündigt hat, kommen ihr die Tränen. Für diese Familie arbeitete sie während mehrerer Jahre, die Kinder waren für sie wie die eigenen. Wenn Fany daran denkt, wird sie traurig, aber auch wütend. Sie versteht nicht, wieso sie in der Schweiz nicht legal arbeiten darf.

Fany ist schon einmal entdeckt und in ihr Heimatland ausgeschafft worden. In den ersten Monaten ihres Aufenthaltes hatte sie, weil ihr das Geld fehlte, das Verkehrsabo einer Freundin benutzt und geriet damit in eine Kontrolle. Die Polizei verhaftete sie, setzte sie in ein Flugzeug Richtung Bolivien und verhängte eine Einreisesperre. Dies hat Fany jedoch nicht davon abgehalten, nach ein paar Monaten wieder in die Schweiz zu kommen. Sie hatte Glück und wurde bei der Einreise im Zug nicht kontrolliert.

Fany sagt, dass ihr nichts anderes übrig geblieben sei. Die Bäckerei, die sie in Bolivien besass, hatte sie verkauft, um die Reise nach Europa zu finanzieren. Vom Vater ihrer vier Kinder hat sie sich getrennt und kommt

«Die Bewilligungspraxis beim Bund hat sich in den letzten drei Jahren verschärft.»

Pierre-Alain Niklaus von der Anlaufstelle Sans-Papiers Basel



alleine für deren Unterhalt auf. Seit viereinhalb Jahren hat sie sie nicht mehr gesehen, sie telefoniert aber täglich kurz mit ihnen. Sie leben alleine, Fanys Schwester kocht aber täglich für sie.

Fany möchte, dass ihre Kinder in Bolivien studieren und so Aussichten auf eine bessere Zukunft haben. Aus diesem Grund ist sie in die Schweiz gekommen und möchte noch ein paar Jahre bleiben, auch wenn sie die Kinder vermisst und ihr die ständige Angst vor einer Entdeckung zusetzt. Wenn sie aus dem Haus geht, ist sie froh, wenn sie niemandem begegnet. Sie grüsst die Nachbarn, vermeidet jedoch den engeren Kontakt mit ihnen. Der Hauswart weiss, dass sie bei der Familie im Parterre wohnt. Fragen sie andere, sagt sie, sie sei hier auf Besuch.

Das Risiko, beim Deutschkurs entdeckt zu werden

Pierre-Alain Niklaus von der Anlaufstelle Sans-Papiers Basel ist mit der Situation der Sans-Papiers und vor allem mit der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik nicht zufrieden. Er fordert, die Schweiz solle ihren Arbeitsmarkt auch für Arbeitskräfte von ausserhalb des EU-Raumes öffnen. Heute erhalten nur Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung. Fachkräfte und Spezialisten könnten sich leichter integrieren, begründet der Bundesrat seine Politik. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit sei bei ihnen auch kleiner. Pierre-Alain Niklaus findet diesen Ansatz zu kurzichtig. Er ist der Ansicht, dass eine «Elite-Migration» immer von einer niedrig qualifizierten Migration begleitet wird.

Niklaus weist auf die Ergebnisse einer bei hundert Sans-Papiers durchgeführten Umfrage hin, welche die Anlaufstelle 2004 in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) durchführte. Die Mehrheit der Befragten arbeitete bei gut qualifi-

zierten Ausländern, die in internationalen Firmen angestellt sind.

Gestützt wird diese Beobachtung dadurch, dass die meisten Sans-Papiers sich ohne Deutschkenntnisse im Alltag zurechtfinden. Fany beispielsweise verständigt sich mit ihren Arbeitgebern auf Spanisch oder Italienisch. Sie sagt, dass sie am Abend zu müde sei, um noch Deutsch zu lernen. Bea Schwager weist auf einen weiteren Grund für die fehlenden Deutschkenntnisse hin. Für viele Sans-Papiers seien Deutschkurse zu teuer. Ausserdem befürchten sie, sie müssten bei diesen Kursen einen Ausweis zeigen. Die kostenlosen Deutschkurse, die das Hilfswerk Heks seit kurzem anbietet, seien allerdings sehr gefragt.

Lucas versteht die deutsche Sprache. Er spricht sie sogar, auch wenn man ihn in seinem leicht singenden, vom Portugiesischen beeinflussten Tonfall nicht immer versteht. Lucas ist ein Sans-Papiers und lebt seit 15 Jahren in der Schweiz. Mit 27 ist er aus Brasilien weggezogen, um in Europa Arbeit zu finden. Die ersten zwei Jahre lebte und arbeitete er in Portugal, bevor er sich entschloss, in die Schweiz zu kommen. Hier kannte er einen Landsmann. Lucas wollte ein paar Jahre hier arbeiten und dann wieder zurück nach Brasilien. Ein Jahr habe sich dann aber ans andere gereiht. Nach fünf Jahren in der Schweiz heiratete er seine Frau, die er aus seiner Heimatstadt São Paulo kannte. Zwei Jahre später kam seine Tochter zur Welt, die heute in Basel in die zweite Klasse geht.

14 Jahre hat Lucas in der Schweiz gelebt und gearbeitet, ohne in eine Kontrolle zu geraten. Jeder im Quartier kannte ihn und seine Familie, niemand vermutete, dass sie Sans-Papiers waren. Ein paar wenige Vorsichtsmassnahmen befolgte er. Am Abend mied er bestimmte Orte in Kleinbasel. Er achtete darauf, nicht allein unterwegs zu sein.

Ein Fussmarsch wurde ihm schliesslich zum Verhängnis. Am 4. Dezember 2006 war

er auf dem Heimweg von einer Baustelle, als ihn Polizisten in Zivil anhielten und kontrollierten. Um einer Ausschaffung zu entgehen, reichte Lucas ein Härtefallgesuch ein. Der Kanton Basel-Stadt nahm es an und leitete es nach Bern weiter, das Bundesamt für Migration lehnte ab. Lucas hat gegen diesen Entscheid rekuriert, jetzt liegt sein Begehren beim Bundesverwaltungsgericht.

Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Anlaufstelle Sans-Papiers Basel, kennt den Fall – und er stuft Lucas' Chancen als äusserst gering ein: «Es ist aussichtslos, wir warten alle nur noch auf den definitiven negativen Bescheid. Die Bewilligungspraxis beim Bund hat sich in den letzten drei Jahren verschärft.» Vor 2005 hätten jene, die seit mehr als zehn Jahren in der Schweiz lebten und alle Kriterien erfüllten, Aussicht auf eine Bewilligung gehabt. Heute hätten nur noch Familien mit Kindern im Pubertätsalter oder Schwerkranke eine Chance.

Lucas leistet Freiwilligenarbeit, um der Langeweile zu entgehen

Beim Bund weist man den Vorwurf zurück, in den letzten Jahren eine härtere Gangart vorzulegen. Urs Betschard, Vizedirektor des Bundesamts für Migration (BFM), sagt, die Bewilligungspraxis unter dem ehemaligen Bundesrat Christoph Blocher sei nicht verschärft worden. «Es gab keine interne Weisung.» Die Gesuche würden nicht härter oder weicher beurteilt. Jeder Fall werde einzeln geprüft.

Ein Rückgang bei den Bewilligungen ist dennoch feststellbar. Von 2001 bis 2003 reichen die Kantone im Jahr durchschnittlich



«Wenn jemand seit fünf Jahren hier lebt, dann hat er sich integriert.»

Bea Schwager von der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPAZ)

65 Gesuche ein, die Bewilligungsquote liegt bei knapp 80 Prozent. Als sich zwischen 2004 und 2006 die Zahl der Gesuche mehr als verdoppelt, sinkt die Bewilligungsquote auf 40 Prozent.

Lucas hat sich mit der drohenden Ausweisung abgefunden. Wichtig ist für ihn, dass er den Entscheid schnell erhält. Seit er das Gesuch im März 2006 eingereicht hat, darf er nicht mehr arbeiten. Der Weg an die Öffentlichkeit hat ihn zum Sozialfall gemacht. Bis er den endgültigen Bescheid erhält, zahlt das Sozialamt seine Wohnungsmiete und die Krankenkassenprämie.

Um der Langeweile zu entgehen, leistet Lucas Freiwilligenarbeit. Zwei- bis dreimal in der Woche geht er in den Botanischen Garten in Basel und säubert die Wege oder Beete vom Laub. Die Arbeit gefällt ihm. Und

doch möchte er wieder mehr arbeiten. Hier oder in Brasilien.

Allerdings gewinnt Lucas der Situation auch etwas Positives ab. Das Versteckspiel hat ein Ende. Kein Schweissausbruch mehr, wenn er im Auto mitgenommen wird und die Polizei zufälligerweise den Fahrer kontrolliert. Seine achtjährige Tochter kann jetzt ihre Schulkameradinnen zu sich nach Hause einladen, vorher war das nicht möglich. Lucas befürchtete, die Leute würden sich fragen, wieso eine Familie in einer kleinen Einzimmerwohnung lebt.

Die Wohnung zu wechseln, war schwierig. Ein Bekannter hatte sie ihm vermittelt, der Vermieter stellte nicht viele Fragen. Mit 22 Franken Stundenlohn konnte er sich die Miete von 670 Franken knapp leisten. Rund 2200 Franken im Monat verdiente der 44-jährige. Manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger, je nachdem, für wie viele Tage er Arbeit auf den Baustellen fand.

Jetzt sind viele Leute über seine Situation informiert. Und die Schulkameradinnen wissen, dass Lea vielleicht bald nach Brasilien zieht.

Bea Schwager von der Sans-Papiers-Anlaufstelle in Zürich sieht die Lösung des Problems in einer grosszügigeren Verteilung der Bewilligungen. Sans-Papiers, die eine Arbeit gefunden haben, sollten eine Bewilligung erhalten: «Wenn jemand seit fünf Jahren hier lebt, dann hat er sich integriert.» Nichts von einer Lockerung der jetzigen Bestimmungen hält dagegen BFM-Mitarbeiter Urs Betschard. Er befürchtet, dass so nur noch mehr Sans-Papiers angezogen würden. Er sieht die Lösung nicht in mehr Bewilligungen, sondern in einer verstärkten Zusammenarbeit der Behörden. Er ist überzeugt, dass Sans-Papiers so schneller aufgedeckt werden könnten.

Ana, eine zierliche 34-jährige Ecuadorianerin, ist froh, dass die Schulbehörden und das Spitalpersonal an den Datenschutz ge-

Die Rechte der Sans-Papiers in der Schweiz

Sans-Papiers sind illegal in der Schweiz, sie haben aber trotzdem Rechte. Kinder von Sans-Papiers können den Kindergarten und die Schule bis zur neunten Klasse besuchen. Die Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren, haben sie allerdings nicht. Sans-Papiers haben das Recht, eine Kranken- und Unfallversicherung abzuschliessen. In einigen Kantonen, wie beispielsweise in Basel-Stadt, besteht die Möglichkeit, eine Prämienverbilligung zu beantragen. Eine Mehrheit der Sans-Papiers hat allerdings keine Krankenversicherung. Sie haben aber das Recht auf medizinische Versorgung in Notfällen.

Sans-Papiers können sich auch bei der AHV anmelden. Dies haben bis anhin nur ganz wenige getan. Zu gross ist die Angst, die Daten könnten in irgendeiner Form zu ihrer Aufdeckung führen.

Ausser durch Heirat oder durch Einreichung eines Gesuches um eine Härtefallbewilligung haben Sans-Papiers in der Schweiz keine Möglichkeit, ihren Status zu legalisie-

ren. Bei einem Härtefallgesuch legt der Sans-Papiers seine Identität offen. Der Kanton prüft das Gesuch unter anderem auf Kriterien wie die Dauer der Anwesenheit, das Vorhandensein von Arbeit, die Integration, die Anwesenheit von Kindern und die Gesundheit des Gesuchstellers. Anerkennt der Kanton das Gesuch, wird es an das Bundesamt für Migration weitergeleitet. Von 2001 bis 2006 haben die Kantone 678 Gesuche eingereicht. Rund die Hälfte, 377 Gesuche, sind bewilligt worden, insgesamt 870 Personen haben eine Aufenthaltsbewilligung erhalten.

Anlaufstellen für Sans-Papiers gibt es in Genf, Basel, Zürich und Bern. Die Beratungsstellen werden durch Spenden und kirchliche Kollekten finanziert. In Basel suchen an einem Beratungsnachmittag durchschnittlich zehn Sans-Papiers die Anlaufstelle auf. Seit Anfang dieses Jahres steigen die Besucherzahlen. Am häufigsten werden Fragen zur Legalisierung des Aufenthaltes gestellt.

bunden sind. Mit beiden Behörden ist sie in Kontakt gekommen. Im Dezember 2006 kam sie mit der Hilfe von Schleppern zum dritten Mal in die Schweiz und hat ihren Sohn Emanuel kurz nach ihrer Ankunft im Kindergarten in Basel angemeldet.

Ins Spital musste sie kürzlich, weil ein entzündeter Zahn ihres fünfjährigen Sohnes entfernt werden musste. Die Behandlung hat 400 Franken gekostet, die Krankenkasse kommt für die Kosten nicht auf. Ana weiss nicht, wie sie die Rechnung bezahlen soll. Seit sie wieder in der Schweiz ist, hat sie Mühe, Arbeit zu finden. Als sie vor sechs Jahren in der Schweiz lebte, hatte sie noch genügend Putzaufträge. Sie verdiente zwischen 2500 und 2800 Franken. Jetzt meldet sich niemand, wenn sie ihre Gratisinserate im Coop oder in der Migros aufhängt. Die drei Arbeitgeberinnen, die sie im Moment hat und bei denen sie zwei bis drei Stunden wöchentlich putzt, hat ihr ihre Schwester vermittelt. 20 Franken bekommt Ana in der Stunde, 800 Franken verdient sie im Monat. Ohne ihre Schwester, die mit einem Schweizer verheiratet ist, könnte sie nicht überleben.

Sobald Ana den spanischen Pass hat, kommt sie zurück

Wegen der fehlenden Arbeit, aber auch weil ihre spanische Arbeitsbewilligung im Mai abläuft, hat Ana sich entschlossen, nach Spanien zurückzukehren. Sie lebte dort von 2003 bis 2006 und arbeitete als Putzfrau. Spanien hat 2005 rund einer halben Million illegal Eingewanderter zu einem legalen Aufenthaltsstatus verholfen.

Ana wollte es aber noch einmal in der Schweiz versuchen. Sie ist sehr stolz darauf, dass ihr Sohn in der Schweiz zur Welt gekommen ist. Mehrmals wiederholt sie es. «Alles funktioniert», antwortet sie auf die Frage, was ihr an der Schweiz gefalle. Sohn Emanuel spricht mittlerweile neben Spanisch und Italienisch auch ein paar Worte Schweizerdeutsch.

Ana geht auch deshalb, weil sie sich vor einer Ausweisung fürchtet. Zweimal schon ist sie kontrolliert und von der Polizei ausgeschafft worden. Das erste Mal haben sie Polizisten auf der Strasse angehalten. Beim zweiten Mal kamen sie zu ihr nach Hause, als sie unter der Dusche stand. Jemand musste sie verraten haben. Anas zweite Schwester wurde dreimal kontrolliert und ausgeschafft. Inzwischen lebt sie in Spanien.

Doch Ana will nicht aufgeben. Sie hat vor ihrer Abreise aus Spanien ein Gesuch für einen spanischen Pass eingereicht. Bekommt sie ihn, wird sie mit ihrem Sohn erneut in die Schweiz ziehen. In Ecuador sieht sie keine Zukunft für sich. «Es gibt dort einfach keine Arbeit.» ■